

PAX CHRISTI
Basisgruppe Bonn
c/o
Armin Lauven
In der Maar 40
53175 Bonn, den 18.8.2013
0228 931 98 09
ArminLauven@gmx.de

KRIEG

1. Werden Sie im Falle Ihrer Wahl gegen neue Militäreinsätze der Bundeswehr stimmen und sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr aus allen Kampfeinsätzen zurückgeholt wird?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Die Vereinten Nationen haben sich nach der militärischen Niederschlagung des nationalsozialistischen Gewaltregimes das Ziel gesetzt, „künftige Geschlechter von der Geißel des Krieges zu bewahren. Nach Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen ist es das Ziel, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen“. Nach Kapitel VII kann der VN-Sicherheitsrat zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit auch militärische Zwangsmaßnahmen anordnen.

Eine an kollektiver und gemeinsamer Sicherheit ausgerichtete Politik braucht auch die deutsche Mitwirkung und Unterstützung. Dies gilt nicht zuletzt für die Vereinten Nationen. Nationale Alleingänge, militärische Abenteuer - wie den Irak-Krieg - oder den Einsatz von Streitkräften zur Rohstoffsicherung lehnen wir ab. Deutschland kann - in Einzelfällen auch mit Hilfe der Bundeswehr - einen wichtigen Beitrag zur Gewalteinämmung und Friedenssicherung im Rahmen und Auftrag der Vereinten Nationen leisten. Deshalb lehnen wir Auslandseinsätze der Bundeswehr als äußerstes Mittel nicht grundsätzlich ab. Sie müssen aber in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet und Teil der Lösung sein. Vorrang haben politische und zivile Konfliktlösungen.

2. Werden Sie darauf dringen, dass die Bundesregierung, die Europäische Union und die Vereinten Nationen Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung ergreifen, um Krisen und Konflikte friedlich beizulegen bzw. sie gar nicht erst eskalieren zu lassen?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Für Grüne stehen Gewaltverhütung und zivile Krisenprävention im Zentrum deutscher Außenpolitik. Um das Gebot der Gewaltfreiheit in aktive Politik zu übersetzen, braucht Deutschland für die friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute neue Strukturen und Instrumente. Unter grüner Regierungsbeteiligung wurden die Instrumente dafür (Deutsche Stiftung Friedensforschung, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Ziviler Friedensdienst usw.) erstmals deutlich ausgebaut. Dieser Prozess stagniert seit Jahren. Derzeit werden die zivilen Fähigkeiten

zur Krisenprävention den tatsächlichen Anforderungen nicht gerecht. Der auf grüne Initiative eingerichtete Unterausschuss für zivile Krisenprävention hat das Bewusstsein dafür gestärkt, aber noch nicht zu sichtbaren Veränderungen geführt. Die Politik der vorausschauenden und zivilen Krisenprävention braucht neue Impulse. Im Fall einer Regierungsbeteiligung wollen wir den unter der rot-grünen Regierung begonnenen Ausbau der Instrumente, Fähigkeiten und Konzepte zur zivilen Krisenprävention deutlich intensivieren. Im Bundestag (BT-Drs. 17/5910) haben wir verschiedene Vorschläge gemacht, wie zivile Krisenprävention, Abrüstung und Friedensförderung international und national zu stärken sind. Dazu haben wir konkrete Vorschläge (wie etwa die Mittelzuweisung oder Zusammensetzung des Ressortkreises zivile Krisenprävention im Auswärtigen Amt) unterbreitet.

UNBEWAFFNETE ZIVILE FRIEDENSSICHERUNG

3. Was werden Sie im Falle Ihrer Wahl unternehmen, um die Weiterentwicklung, die finanzielle Förderung und die Bereitstellung von Ausbildungskapazitäten für Personal solcher ziviler Beobachtermissionen voran zu treiben?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Die Weiterentwicklung, finanzielle Förderung und Bereitstellung von qualifizierten zivilen Expertinnen und Experten ist zentraler Baustein einer funktionierenden und abrufbereiten zivilen Infrastruktur in Deutschland. Neben Polizeikräften und Verwaltungsfachleuten sind das nicht zuletzt zivilgesellschaftliche Initiativen, wie der Zivile Friedensdienst. Deshalb wollen wir Einrichtungen wie das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze und zivilgesellschaftliche Programme weiter gefördert werden.

4. Was werden Sie im Falle Ihrer Wahl unternehmen, damit bestehende militärische Missionen in zivile umgewandelt werden können?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Militäreinsätze sind kein Selbstzweck. Grundsätzlich ist das Ziel, Militär nur so lange einzusetzen, wie es als Teil der Lösung und letztes Mittel unausweichlich ist. Der Kampfeinsatz in Afghanistan wird Ende 2014 beendet sein. Wir setzen uns dafür ein, dass es kein weiteres Mandat für einen Kampfeinsatz und zur Aufstandsbekämpfung gibt. Sollte die afghanische Regierung eine weitere Truppenpräsenz zur Überwachung eines Waffenstillstandes oder als Ausbildungsmission wünschen, muss dafür eine neue Rechtsgrundlage durch die VN geschaffen werden. Diese Peace-Building Mission soll nicht von der NATO sondern direkt von den Vereinten Nationen geleitet werden. Im Mittelpunkt müssen dabei zivilgesellschaftliche und entwicklungspolitische Beiträge stehen.

ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG

5. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, Strukturen der Zivilen Konfliktbearbeitung in der Arbeit von Parlament und Ministerien zu stärken und finanziell so auszustatten, dass genügend Kapazitäten für zivile Konfliktbearbeitung geschaffen werden können?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Wir setzen und wie keine andere Partei für den konsequenten Ausbau der zivilen krisenpräventiven Infrastruktur in Deutschland ein und haben dazu das konkreteste Wahlprogramm vorgelegt. Sämtliche in Deutschland bestehende Kapazitäten gehen auf grüne Initiative, bzw. grünes Mitwirken während der rot-grünen Regierungsbeteiligung zurück. Hierunter fallen: die Gründung des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze, des Deutschen Instituts für Menschenrechte, des Zivilen Friedensdienstes sowie der Deutschen Stiftung Friedensforschung. Mit dem Aktionsplan Zivile Krisenprävention von 2004 wurde erstmals ein strategischer Rahmen vorgegeben. Seitdem existieren im Auswärtigen Amt ein Ressortkreis sowie ein Beirat, der sich aus VertreterInnen der Zivilgesellschaft zusammensetzt. 2009 wurde auf Initiative der Grünen hin der Unterausschuss zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit im Deutschen Bundestag eingerichtet. Er zeichnet sich durch eine überaus rege Tätigkeit im Bereich der öffentlichen Anhörungen aus und hat Akzente gesetzt, die der Aufwertung des Themas geholfen haben. Alle Abgeordneten im Unterausschuss haben die Fortsetzung dieses Gremiums im neuen Bundestag befürwortet.

Wir wollen nicht nur die Infrastruktur der zivilen Krisenprävention stärken. Uns ist auch klar, dass es hierfür eine übergeordnete Friedens- und Sicherheitsstrategie braucht, die ressortübergreifend die Grundpfeiler deutscher Außenpolitik absteckt.

RÜSTUNGSEXPORT

6. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten wird, und dieses Verbot in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Der Artikel 26 des Grundgesetzes stellt bereits höchste Hürden an den Export von Kriegswaffen, indem hier ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt vorgesehen ist. Wir sehen daher keine Dringlichkeit, den Grundgesetzartikel zu verändern, zumal dies eine Zweidrittel-Mehrheit erfordert und potentiell auch zu einer Aufweichung führen könnte. Erfolgversprechender für die striktere Auslegung der Politischen Leitsätze der Bundesregierung und dem Handel mit Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern erscheint uns die Einführung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes. Damit würden die zentralen Kriterien der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung“ Gesetzesrang erhalten und wären damit auch erstmals justizierbar. Desweiteren wollen wir die Kontrollrechte des Bundestages stärken, um bei kritischen Entscheidungen stärker eingebunden zu sein.

ATOMWAFFENSTATIONIERUNG IN DEUTSCHLAND

7. Was werden Sie im Falle Ihrer Wahl unternehmen, damit alle Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Bündnis 90/Die Grünen waren und sind für ein Verbot von Atomwaffen. Die Gründung der Partei geht auf diese Grundhaltung zurück. Wir haben die Bundesregierung wiederholt aufgefordert, auch die letzten verbliebenen Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen. Desweiteren sprechen wir uns gegen eine Modernisierung der Trägersysteme aus. Um einem völkerrechtlichen Verbot näher zu kommen, unterstützen die Grünen die Idee einer Nuklearwaffenkonvention.

8. Werden Sie z. B. bei den deutschen Verbündeten darauf drängen, dass diese völkerrechtswidrigen Waffen endlich verschrottet werden?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Die Bedrohung durch Tausende existierender Atomwaffen weltweit ist keineswegs gebannt. Im Gegenteil. Immer mehr Staaten streben nach Nukleartechnik. Die Gefahr, dass Nuklearmaterial entwendet und für verheerende Anschläge genutzt wird, wächst. Die offiziellen Atommächte sind für diese Entwicklung mitverantwortlich, denn sie kommen ihrer Verpflichtung zur Abrüstung kaum nach. Stattdessen modernisieren sie ihre Nuklearwaffenarsenale. Doch nur wer selbst bereit ist, auf den vermeintlichen Schutz durch Atomwaffen zu verzichten, kann das auch von anderen verlangen. Wir wollen eine glaubwürdige Abrüstungspolitik. Deshalb treten wir für ein atomwaffenfreies Deutschland ein und fordern, dass die Bundesrepublik endlich auf die Stationierung von US-Atomwaffen auf ihrem Territorium verzichtet. Dazu gehört auch, die Bereitstellung von Trägersystemen und Personal für die Verbringung von Atomwaffen zu beenden. Wir brauchen außerdem neue Initiativen für Kooperation und Vertrauensbildung im Bereich der nuklearen Abrüstung. Daher befürworten wir die Einrichtung von Zonen, die frei sind von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen. Besonders im Nahen und Mittleren Osten ist eine solche Perspektive dringend nötig. Wir wollen die weltweite nukleare Abrüstung jenseits des Nichtverbreitungsvertrages voranbringen. Daher unterstützen wir auch den Vorschlag einer Nuklearwaffenkonvention, um diese menschenverachtende Waffe vollständig und für immer zu verbannen.

9. Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik aus der nuklearen Teilhabe der NATO aussteigt?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Die NATO muss ihre Nukleardoktrin reformieren und sich von der Doktrin der nuklearen Abschreckung verabschieden. Die unmittelbare Bedrohung durch substrategische Atomwaffen in Europa muss beendet werden. In einer nächsten Verhandlungsrunde zwischen den USA und Russland sollte dies ein zentraler Gegenstand der Beratungen werden.

DROHNEN

10. Was werden Sie im Falle Ihrer Wahl unternehmen, damit die Entwicklung und Anschaffung bewaffneter Drohnen sofort gestoppt und diese Waffengattung (wie schon zuvor Landminen und Streumunition) geächtet wird?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Ja, wir wenden uns gegen die Anschaffung, Entwicklung und den Einsatz bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr. Wir setzen uns für internationale Regeln und Begrenzungen für den Einsatz bewaffneter Drohnen ein und fordern einen Prozess zur Ächtung von autonomen bewaffneten unbemannten Systemen.

BUNDESWEHR UND SCHULE

11. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass Bundeswehroffiziere keinen Unterricht mehr an Schulen geben dürfen?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Die Bundeswehr sieht sich nach der Abschaffung der Wehrpflicht einem verstärkten Wettbewerb um gute Nachwuchskräfte ausgesetzt. Diese Konkurrenzsituation darf dennoch keine Entgrenzung in der Nachwuchswerbung nach sich ziehen. Gezielte Nachwuchswerbung mit der Zielgruppe Minderjährige bis hin zur Rekrutierung an Schulen durch die Bundeswehr lehnen wir Bündnisgrüne entschieden ab. Im Rahmen des Unterrichts zur Thematik der Friedens- und Sicherheitspolitik Deutschlands greifen LehrerInnen in allen Bundesländern auf das Angebot der Jugendoffiziere zurück, in den Unterricht zu kommen. Diese Präsenz von BundeswehrvertreterInnen ist immer wieder Gegenstand von Kritik und diese Kritik muss ernst genommen werden. Wenn Besuche von Jugendoffizieren stattfinden, dann müssen sie bestimmte Rahmenbedingung erfüllen. Die strikte Trennung zwischen Informationsarbeit und Nachwuchswerbung muss zu jedem Zeitpunkt garantiert sein. Jugendoffiziere dürfen nicht als Ansprechpartner für einen beruflichen Einstieg in die Bundeswehr zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist die Einhaltung des Kontroversitätsgebots, des Überwältigungsverbot und des Gebot der Wahrung von SchülerInneninteressen des Beutelsbacher Konsenses zu befolgen. Grundsätzlich sollten Besuche von Jugendoffizieren an Schulen daher - wenn überhaupt - nur im Rahmen von kritischen Diskussionen mit VertreterInnen anderer politischer Ansichten – z.B. aus der Friedensbewegung - stattfinden.

12. Was werden Sie im Falle Ihrer Wahl unternehmen, damit „Friedensbildung“ in der schulischen Ausbildung etabliert werden kann?

Antwort Katja Dörner, MdB:

Bündnis 90/ Die Grünen gehen davon aus, dass die Thematik „Friedensbildung“ oder friedliche und konstruktive Streitbeilegung in allen Altersstufen in unterschiedlichen Schulfächern und im Schulalltag Thema ist. Auf Bundesebene respektiert unsere Partei die Länderkompetenz in der Schulpolitik und unterstützt daher kein eigenes Schulfach „Friedensbildung“, sondern überlässt es den Ländern, wie sie ihre jeweiligen Lehrpläne aufstellt